



Von Ruhe keine Spur – die Türkei bleibt Krisengebiet

Flüchtlingsrat nahm Teil an Delegationsreise in Kurdistan

Astrid Willer

Im März 2007 beteiligten sich VertreterInnen des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein an Delegationen des IPPNW und des Hamburger Kurdistan-Hilfe-Vereins zu den kurdischen Newroz-Feiern, dem kurdischen Neujahrsfest, in der Türkei. Sie erlebten eine starke Militärpräsenz und massive direkte Bedrohung während der Feiern an der Grenze zu Iran und Irak, politische Repressionen und subtile Unterdrückung in den Gebieten um Diyarbakir, Elazig und Dersim. Die kurdischen Regionen in der Türkei sind nach wie vor von wirtschaftlichen und sozialen Problemen, staatlichen Repressionen und der permanenten Gefahr militärischer Auseinandersetzungen geprägt. Die Instabilität der Türkei beweisen darüber hinaus die Krise anlässlich der Präsidentschaftswahlen und das Erstarken des Nationalismus, der u.a. in Anschlägen auf Menschenrechtsaktivisten wie Hrant Dink oder auf Vertreter christlicher Einrichtungen, wie kürzlich in Malatiya, eskaliert.

Laut der Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği, IHD; in Diyarbakir haben im Jahr 2006 bis ins Jahr 2007 Verhaftungen und Anklagen gegen MenschenrechtlerInnen und Mitglieder der Kurdenpartei DTP zugenommen. Neben zunehmender strafrechtlicher Verfolgung erfolgten Repressionen auch in subtilerer Form nicht nur gegen KurdInnen. So sind z.B. Zwangversetzungen demokratischer GewerkschafterInnen, die im Gesundheits- oder Bildungsbereich tätig sind, durchgesetzt worden. GewerkschafterInnen im Gesundheitsbereich betonten zudem, dass von den Lockerungen im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen außer streng reglementierten Rundfunksendungen in kurdischer Sprache nichts geblieben ist. ÄrztInnen und Pflegepersonal im öffentlichen Dienst müssten mit Repressalien rechnen, wenn sie mit PatientInnen Kurdisch sprechen. Der Vorstoß des Bürgermeisters der Provinz Diyarbakir, Osman Baydemir, dort in den Ämtern und im Straßenverkehr zweisprachige Schilder einzuführen und in öffentlichen Einrichtungen kurdisch als zweite Sprache zuzulassen, brachte ihm im März 2007 ein Strafverfahren ein.

Die gesundheitliche Versorgung ist ungenügend, u.a. durch die zunehmende Privatisierung des Gesundheitssystems. Viele ÄrztInnen unterhalten neben ihrer schlecht bezahlten Tätigkeit an staatlichen Kliniken private Praxen. In Diyarbakir hat vor kurzem eine große Privatklinik aufgemacht. Nicht selten machen ÄrztInnen in der öffentlichen

Astrid Willer ist Mitarbeiterin beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.



Kurdische Frauen demonstrieren in Hasankeyf

Klinik nur Notbehandlungen, so dass Kranke das Geld für eine private Behandlung aufreiben müssen, um angemessene Behandlung zu erhalten. In Elazig berichtet der IHD, dass die Yesil-Karte, die den Zugang zu einer kostenlosen Gesundheitsversorgung ermöglicht, an „politisch Verdächtige“ nicht ausgegeben wird. Die wenigen privaten Stiftungen in der Region leisten in bestimmten Fällen Geld- und Sachspenden, bieten aber keine Gesundheitsversorgung an. Den TIHV, der Traumatisierte betreut, gibt es nur in wenigen Großstädten.

Psychotherapeuten betonen, dass die ständige Militärpräsenz, die Minengefahr, die soziale Verelendung der in den 90ern Vertriebenen und aktuelle Verfolgungsmaßnahmen keine Gesundung ermöglichen. Dies gelte für die gesamten kurdischen Regionen in der Türkei. Eine Erfolg versprechende Therapie setze voraus, die Betroffenen aus der retraumatisierenden Umgebung heraus zu bringen. Erst dann könne ein Bewusstsein für das erlebte Trauma und eine Verarbeitung beginnen.

Zu den vielfältigen Problemen zählen auch Umweltprobleme, die nach Meinung der Bürgermeisterin von Dersim, Songül Erol Abdil, durch die Politik der Zentralregierung verschärft werden. Diese setzt ein Staudammprojekt im Munzur-Tal durch, das seit 1957 als Nationalpark gilt. Zudem fördert sie die Goldgräberei. Das dadurch freigesetzte Zyanid vergiftet großflächig die Natur. Statt dieser umweltgefährdenden Projekte wären allemal Investitionen in Tourismus angesichts der einmaligen Landschaft in der Region sinnvoller. Die örtlichen BürgermeisterInnen haben darauf jedoch keinen Einfluss. VertreterInnen der DTP sehen in dieser Politik eine Zerstörungstrategie, die bewusst als Unterdrückungsmechanismus in den kurdischen Regionen eingesetzt werde.

Als rein machtpolitisch motiviert ist wohl auch die Planung der türkischen Regierung für den Ilisu-Staudamm am Tigris zu sehen. Hier soll mit der historischen Stadt Hasankeyf ein jahrtausendealtes Kulturdenkmal untergehen. Außerdem werden im Zuge

dessen zahlreiche Dörfer zerstört und Zigtausende müssen ohne angemessene Alternative ihre angestammten Gebiete verlassen. Die Türkei monopolisierte die Kontrolle über den Wasserfluss in die Anrainerstaaten Irak und Syrien, ohne dazu bilaterale Vereinbarungen zu treffen. Am 20. März trafen sich AktivistInnen aus der Region und VertreterInnen der internationalen Delegationen, um im Rahmen einer Aktion „Bäume der Hoffnung für Hasankeyf“ zu pflanzen. Prominenter Gast war Bianca Jagger, die sich den Protest gegen das Staudammprojekt schon seit Jahren, als es noch um eine Beteiligung britischer Firmen ging, unterstützt. Die Briten haben sich angesichts des Widerstands zurückgezogen. Nicht so die deutsche Regierung. Im April, kurz nach der Baumpflanzaktion, gab sie grünes Licht für eine Hermesbürgschaft für den Staudamm. Beteiligt ist die deutsche Firma Züblin. Der wirtschaftliche Nutzen des Staudamms wird von ExpertInnen als gering eingeschätzt. Dagegen könnte auch hier sanfter Tourismus zum Erhalt von Hasankeyf sowie zum Lebensunterhalt der Bevölkerung beitragen. Insbesondere Letzteres ist hingegen offenbar nicht gewollt.

Obwohl es im Vorfeld massive Einschüchterungsversuche u.a. durch das Verbot der



Bianca Jagger pflanzt einen Baum der Hoffnung

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Demonstration kurdischer Farbkombinationen gab, verliefen die Newroz-Feiern in Diyarbakir mit 500 000 TeilnehmerInnen ruhig. Die kurdische Politikerin Leyla Zana sprach von dem Wunsch der KurdInnen, gleichberechtigt in der Türkei zu leben. Sie bezeichnete Abdullah Öcalan, Massoud Barsani und Jamal Talabani als die Führer des kurdischen Volkes und betonte dabei die Einigkeit der KurdInnen über bestehende Staatsgrenzen hinweg. Ein deutliches Signal auch an die türkische Regierung. In den Grenzregionen wie Sirnak oder Van standen die Feiern im Zeichen massiver Militär- und Polizeipräsenz. Nach dem Fest gab es zahlreiche Verhaftungen.

Nach den Feiern gehen im Schatten der aktuellen Regierungskrise die Repressionen in den kurdischen Gebieten weiter. Gegen zahlreiche DTP-Vorsitzende und kurdische BürgermeisterInnen laufen Strafverfahren. In den Bergen operiert das Militär trotz des von der Guerilla eingehaltenen Waffenstillstands. Die Zahl der Toten steigt ständig. Scheinbar hat die aktuelle Auseinandersetzung der AnhängerInnen des Kemalismus und der Militärs mit der islamischen Regierungspartei AKP nichts mit dem Kurdenkonflikt zu tun. Dennoch zeugt sie von einem Erstarren des Nationalismus, der sich gegen ethnische Minderheiten ebenso richtet wie gegen VertreterInnen verschiedener religiöser Gruppen. Außerdem wird

die Stellung des Militärs durch den andauernden türkisch-kurdischen Konflikt gestärkt und legitimiert.

Der Nationalismus erhält auch Auftrieb durch die abwehrende Haltung Europas. Enttäuscht zeigten sich Menschenrechts- und kurdische Organisationen über das Desinteresse der EU, sich für eine Demokratisierung in der Türkei einzusetzen. Auch die Kriminalisierung kurdischer Vereine in Deutschland diene nicht der Demokratisierung, sondern führe dazu, dass sich die türkische Regierung in ihrer repressiven Haltung bestätigt sehe. 🇹🇷